

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

„Ein Schritt vorwärts“.

Pariser Echo der Kanzlerrede.

Paris, 13. September. (Eca.) Die Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann, die hier mit größter Spannung erwartet wurde, ist erst zu sehr später Nachstunde von den Telegraphenagenturen in Auszügen ausgegeben worden, die, soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, unvollständig erscheinen und die notwendige Klarheit vermissen lassen. Die Morgenpresse begnügt sich denn auch vorläufig mit einer allgemeinen Beurteilung. Es wird anerkannt, daß das Angebot, das die neuen Ausführungen des Reichskanzlers enthalten,

einen Schritt vorwärts

bedeuten. Vieles sind die Ausführungen des Kanzlers über die zur Verfügungstellung des Ruhrgebietes wohl auf Grund der nicht immer sehr geschickten Uebersetzung des hierher übermittelten Textes ziemlich mißverstanden worden, so daß in einigen Blättern die Stresemann'sche Rede so ausgelegt wird, als ob Deutschland mit seinen Zahlungen und Leistungen erst beginnen wolle, nachdem Frankreich das Ruhrgebiet geräumt hat.

Der „Matin“ meint, der Kanzler böte reale Garantien an in der Form von Hypotheken auf den deutschen Besitz, die von deutschen, aber auch von alliierten Treuhändern verwaltet werden sollen; der Ertrag solle für die Reparationen bestimmt sein. Aber andererseits scheint Stresemann der Ansicht zu sein, daß die Ausführung dieses Systems genüge, um die Räumung des Ruhrgebietes zu rechtfertigen. Die französische Regierung halte indes an ihrem unanfechtbaren Standpunkt fest; sie könne natürlich das Kontrollsystem im Ruhrgebiet ändern. Wenn Deutschland eine Zahlungspflicht anerkenne, so werde das Ruhrgebiet nach Maßgabe der erfolgten Zahlungen geräumt werden.

Der „Petit Parisien“ meint, es sei vorläufig sehr schwierig, die Ausführungen Stresemanns klar zu beurteilen. Immerhin könne man sagen, daß die Rede einen bemerkbaren Fortschritt gegenüber seiner Stuttgarter Rede darstelle.

Der „Figaro“ verfällt in dem bereits erwähnten Auslegungsfehler in besonders schwerwiegender Form. Stresemann, so meint das Blatt, sei der Meinung, daß alles, was er anbiete, nur durchführbar sei, wenn man Deutschland das Ruhrgebiet und das Rheinland zurückgebe. Es sei die ewige Formel der deutschen Vorschläge, für jede Konzession, die das Reich macht, zu versuchen, eine entsprechende andere Konzession zu erpressen. Man sehr den Unterschied zwischen der deutschen und der französischen Stellungnahme. Poincaré sage: Zahl, und wir werden das Ruhrgebiet räumen. Stresemann aber sage: Räumt das Ruhrgebiet, damit wir euch bezahlen können!

Der „Gaulois“ meint, es sei vielleicht möglich, daß die finanziellen Kombinationen, die die Grundlage der Stresemann'schen Vorschläge darstellen, von Interesse seien. Aber, um sie einwandfrei feststellen zu können, seien weitere Angaben nötig. Man müsse wissen,

durch welche Mittel das Deutsche Reich in der Lage sei, die Mitarbeit der Besitzer des privaten Eigentums zu garantieren.

Stresemann erkläre zwar, daß ihm Kapitalisten ihre Hilfe zugesagt hätten, aber das seien bis auf weiteres nur unkontrollierbare Behauptungen. Auch über die Höhe des Prozentsatzes, den Deutschland Frankreich von den Zinsen der Hypotheken geben wolle, müsse man näheres hören. Schließlich müsse man auch über die Zusammensetzung der Treuhänderkommission unterrichtet werden, denn diese habe für Frankreich nur Interesse, sobald sie Frankreich die absolute Kontrolle der Begebung der Hypotheken und der Bezahlung der Zinsen verschaffe. Das Blatt fragt schließlich: Was meint Herr Stresemann, will er uns zu der Versicherung auffordern, daß wir das Ruhrgebiet räumen würden? Wenn es sich darum handelt, unsere Truppen nach Maßgabe der Zahlungen aus dem besetzten Gebiet zurückzuführen, dann ist alles ausgezeichnet. Poincaré hat mehrmals wiederholt, daß wir keineswegs die Absicht hätten, unsere Besetzung irrtümlich auszudehnen. Aber diese Punkte seien bisher nicht genügend aufgeklärt, um mit Deutschland nützliche Verhandlungen beginnen zu können. Zunächst müsse man also die Unklarheit aufklären und hoffen, daß das Angebot von Stresemann nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung bedeute, wie der deutsche Kanzler tatsächlich zu wünschen scheint, und deren Verwirklichung nur von ihm selbst abhängt.

„L'Œuvre“ sieht die bedeutende Seite der Stresemann'schen Ausführungen in der Tatsache, daß Deutschland nicht mehr bei einem leeren Proteste beharre, sondern die Besprechungen des einzigen wirklichen Problems, nämlich der Reparationsfrage, wieder aufnimmt. Stresemann habe nunmehr

ein genaues Angebot

gemacht und dadurch bereits in gewissem Sinne auf den passiven Widerstand verzichtet.

Das „Echo National“ des Herrn Lardieu gibt ebenfalls zu, daß jede neue Rede des Reichskanzlers etwas größere Klarheit über seine Ansichten erkennen lasse und das die gestrige Rede im einzelnen sogar interessante Angaben enthalte. An dem von dem deutschen Kanzler vorgeschlagenen Pfand und dem Zahlungssystem hat das Blatt auszufehen, daß der Mechanismus, den er empfiehlt, um den Alliierten die Kontrolle zu sichern, nicht zu denjenigen gehöre, die durch ihre Einfachheit Vertrauen erwecken. Frankreich habe in Deutschland bereits Kommissionen derselben Art gehabt, sowohl für die Abrüstung als auch für die Bestimmung der Dauer des Moratoriums, das Deutschland verlangt. Die Ergebnisse waren nicht glänzend. Die Franzosen würden niemals und nirgendwo so gut

wie im Ruhrgebiet die Entwicklung der deutschen Industrie überwachen können. Allerdings, schließt das Blatt mit einer Spitze gegen Poincaré, darf unsere technische Tadellosigkeit nicht die deutsche Industrie dieser Gegend gefährden.

Das belgische Graubuch.

Ein belgischer Reparationsplan.

Brüssel, 13. September. (E.P.) Der Presse ist gestern der Inhalt des belgischen Graubuchs, das heute veröffentlicht wird, mitgeteilt, das eine diplomatische Geschichte der Ruhrbesetzung darstellt. Das Buch enthält 54 Dokumente, die beweisen sollen, daß Belgien immer die aufgestellten Richtlinien eingehalten habe. Das Buch gibt sämtliche Korrespondenzen wieder, die in der Zeit vom 22. September 1922 bis 22. August 1923 zwischen Belgien, Frankreich, England und Deutschland geschickt worden sind. Es soll dadurch bewiesen werden, daß Belgien sich stets bemüht habe, zu einer internationalen Lösung der Reparationsfrage zu kommen. Das belgische Kabinett habe eine Summe genannt, die weit hinter dem Londoner Zahlungsplan steht. Diesem Vorgehen hätten sich auch die Verbündeten angeschlossen, während diese auf die Vorschläge der belgischen technischen Kommission nicht eingegangen seien. Diese habe einen Plan aufgestellt, wonach Deutschland jährlich 1300 Millionen Goldmark aus den Monopolen ziehen könnte, ferner eine Milliarde aus den Eisenbahnen, ohne die anderen Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Die Kohlenlieferungen seien mit 340 Millionen Goldmark zu bewerten, wodurch eine Zahl von ungefähr 2370 Millionen erzielt werden könnte, die sich leicht auf 3 Milliarden erhöhen ließen. Das Graubuch enthält gleichzeitig einen Plan über die praktische Durchführung dieser Vorschläge sowie einen solchen über die Garantien, die Deutschland für die Bezahlung der Reparationen zu leisten habe. Am Schluss wird die deutsche Auffassung zurückgewiesen, wonach Belgien Frankreich blind gefolgt sei, Belgien habe in völliger Freiheit gehandelt.

Um die Räumung Korfus.

Paris, 13. September. (Eca.) Die Beratungen der Vorkonferenz über die Bedingungen der Räumung Korfus stößen auf große Schwierigkeiten. Trotz zwei längerer Sitzungen, von denen die zweite erst gestern abend nach 8 Uhr zu Ende ging, konnte sich die Vorkonferenz nicht auf eine Formel für die Anwendung ihrer Beschlüsse über die Räumung Korfus einigen. Infolgedessen muß sie heute im Laufe des Nachmittags wieder zusammenzutreten, um weiter zu beraten.

Kriegsgefahr an der Adria?

London, 13. September. (W.B.) Professor Gilbert Murray, südafrikanische Delegierte beim Völkerbund, hat ein Telegramm an die Vereinigung für den Völkerbund geschickt, indem es heißt, daß die Lage mit bezug auf Fiume sehr gefährlich sei. Wenn der Völkerbund nicht interveniere, so würden Italien, Griechenland, Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn in Mitleidenschaft gezogen. Es lägen bereits militärische Pläne einiger Balkanmächte vor.

Italienisch-griechische Entspannung. Laut einer Hoosermeldung aus Athen hat der italienische Geschäftsträger dem griechischen Außenministerium mitgeteilt, daß die griechischen Schiffe fortan wieder ungehindert die italienischen Häfen anlaufen können.

Ein kleiner Rückstoß.

Dollar 90 Millionen, Pfund Sterling 420 Millionen.

Die Rede des Reichskanzlers, die auch im Ausland Anklang gefunden hat, blieb nicht ohne Einfluß auf den heutigen Devisenverkehr. So trat nach der katastrophalen Aufwärtsbewegung am gestrigen Tage ein gewisser Stillstand ein, der zuweilen sogar eine rückgängige Tendenz zeigte. Dieser Rückgang hatte bereits auf Intervention der Reichsbank oder, wie man in Börsenkreisen wissen will, des Finanzministeriums direkt in den gestrigen Abendstunden eingewirkt. In den heutigen Morgenstunden legte dann der Dollar mit 98 bis 105 Millionen ein, auf welcher Höhe er sich auch im Verlauf des Vormittags hielt. Der Bedarf der Industrie hält sich heute in den gestrigen Grenzen, die Spekulation wahrte einstweilen Zurückhaltung.

Die Nachricht, daß die Marknotierungen gestern in Basel ausgefakt wurden, blieb ohne Eindruck, da man annimmt, daß, sollte es der Regierung gelingen, die Papiermark für die Uebergangszeit bis zur Einführung der Goldmark zu befestigen, man sich ja auch dort wieder entschließen wird, Papiermark zu handeln. Dasselbe trifft auf Prag zu, wo man ebenfalls eine Einstellung der Marknotiz in Aussicht genommen hat. Die weitere Entwicklung des Devisenmarktes wird davon abhängen, inwieweit man entschlossen ist, die angekündigten Devisenmaßnahmen mit Energie durchzuführen. Ein günstiges Zeichen scheint es immerhin, daß der Dollar gegen 1 Uhr wieder etwas niedriger, mit 90 Millionen, das Pfund mit 420 Millionen zu hören war.

Auf diese rückläufige Bewegung hin hält auch die Spekulation am Effektenmarkt einstweilen zurück. Zwar lagen in den Morgenstunden vom Publikum Aufträge bei den Banken vor, doch ist es immerhin möglich, daß sie zum Teil wieder zurückgezogen werden. Sollte die Marktbesserung in größerem Umfang sich fortsetzen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß für die morgige Börse wieder ein, wenn auch nicht allzu großer Rückstoß zu erwarten ist.

Schicksalstage in Bayern.

V. Sch. München, im September.

Man spricht viel von der Notwendigkeit, die finanzielle und wirtschaftliche Bilanz der Aera Cuno zu ziehen, die das neue Reichskabinett bei seinem Amtsantritt vorgenommen hat. Mindestens ebenso verhängnisvoll, wenn auch kaum konkreter und zahlenmäßig zu belegen, ist die Hinterlassenschaft der Regierung Cuno in geistig-politischer Hinsicht. Dies empfindet man besonders drückend hier in Bayern, wo man einer bürgerlichen Masse gegenübersteht, die in der Atmosphäre der letzten neun Monate die letzten Reste realpolitischen Verständnisses eingebüßt hat, die sie in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch vom Herbst 1918 befehlen haben mag. Keine Gefühlswallungen verbunden mit kraßstem Geldbeulegoismus wurden teils gedankenlos, teils systematisch von einer Presse großgezüchtet, die offenbar ihre Mission darin erblickt, unzähligen Bierbänken ihre geistige Nahrung täglich zu liefern unter Auspeitschung aller üblichen Instinkte, die im Speier und im Bauer schlummern.

Es sind gewiß schon unter früheren Reichsregierungen Fehler in der Behandlung Bayerns geschehen, die sich jetzt bitter rächen. Vor allem hätte man im Sommer 1922 den auf Grund des Republikstuhgesetzes entstandenen Konflikten nicht aus dem Wege gehen dürfen, denn die befohlene Taktik des Kompromisses hat nicht, wie man hoffte, zur Stärkung des relativ zuverlässigen und verständigen Grafen Verchenfeld geführt, sondern umgekehrt den Uebermut der schlimmsten bayerischen Reaktionen erhöht und zugleich die Schwäche des Reichsgefüges und der Reichsgewalt in einer für die damaligen Verhältnisse vielleicht übertriebenen Weise offenbart.

Jetzt, nach neun Monaten sozialistischer Regierung Cuno, liegen naturgemäß die Dinge bedeutend schlimmer. Die breiten Massen der bayerischen Bevölkerung stehen der neuen Situation völlig verständnislos gegenüber. Der wilde Sozialistenhaß, der ihnen von der Presse und von der Kanzel jahrelang eingebracht wurde, würde an sich schon eine genügende Erklärung für die Feindseligkeit sein, mit der man in Bayern der neuen Reichsregierung gegenübersteht. Darüber hinaus aber hat der Kurswechsel in Berlin die Mehrheit des bayerischen Volkes ganz unvorbereitet getroffen. Daß man den Ruhrkonflikt doch nur durch Verhandlungen mit Frankreich wird beenden können und daß man die Franzosen aus dem Ruhrgebiet weder durch riesige „vaterländische“ Kundgebungen noch durch Tausende von Zeitungstiteln selbst im schönsten Riesbacher Stil hinaustrieben wird, darüber scheint der Durchschnittsbauer bisher nicht nachgedacht zu haben. Damit würde er sich allerdings unter Umständen noch abfinden, nicht aber mit der Tatsache, daß zum ersten Male eine Reichsregierung auf den Plan tritt, die mit dem Steuereintreiben Ernst macht. Und so hat in den letzten Tagen der separatistische Gedanke in weiten bayerischen Kreisen beträchtliche Fortschritte gemacht.

Es hat gar keinen Zweck, die Größe dieser Gefahr zu vertuschen: die Einheit des Deutschen Reiches steht vor der schwersten Belastungsprobe seit November 1918, und zwar droht der Zerfall des Reiches weit mehr von den Leuten, die sich am lautesten und am häufigsten „vaterländisch“ schimpfen, als von den Stipendiaten Frankreichs an Rhein und Ruhr. Und zwar ist der bayerische Separatismus um so gefährlicher, als er jetzt die Taktik befolgen kann, seine Ziele — die Errichtung einer reaktionär-agrarischen Monarchie — und seine Beweggründe — die Flucht vor dem finanziellen Opfer einer gemeinsam mit den übrigen deutschen Stämmen zu tragenden Regelung des Ruhrkonfliktes und der Reparationsfrage — hinter besonders nationalen Schlagworten zu verbergen. Man schreit: Wir machen die Unterwerfung nicht mit! und meint: Rette ich wer kann vor den Folgen des verlorenen Krieges und des Versailler Diktates!

Es geht allerdings bisher als ein beruhigendes Symptom, daß die verschiedenen reaktionären Kräfte in Bayern unter sich dermaßen uneinig seien, daß schon aus diesem Grunde der Rutsch im Süden unterbleiben würde. Gewiß, dieser Zustand der Zerfahrenheit besteht nach wie vor.

So hat die jüngste Rede des Kronprinzen Ruprecht vor dem Nationalverband bayerischer Offiziere am letzten Sonntag mit ihren deutlichen Spitzeln gegen Ludendorff und Hitler jene Gegenläufer neuerdings offenbart, welche die gewissermaßen scheidenden Separatisten der Bayerischen Volkspartei von den draufgängerischen Putzschiffen der Nationalsozialistischen Partei trennen. Aber ganz abgesehen davon, daß es auf die Dauer entwürdigend und unhalbar ist, wenn man die Hoffnungen eines Fortbestehens der Reichseinheit auf solche Rivalitäten gründet, so wäre es verfehlt, wenn man in der gegenwärtigen angespannten Situation die Möglichkeit außer acht ließe, daß sich die Blauweißen mit den Schwarzweißroten über gewisse Formeln einigten und loschlugen. Gerade in den letzten Tagen sind solche gleichlautende Parolen in beiden Lagern ausgegeben worden, und zwar die Ablehnung der „Kapitulation“ Stresemanns vor Poincaré und der Kampf gegen die Steuern. Das neueste Schlagwort der Hitler-Banden lautet: „Richt los von Berlin, sondern los auf Berlin!“ Am Endeffekt bedeutet das natürlich dasselbe, nämlich den Bürgerkrieg und die Trennung zwischen Nord und Süd.

Auch sonst gibt es Anzeichen genug dafür, daß eine Einheitsfront zwischen Blauweißen und Schwarzweißroten im Ernstfalle zustande kommt. So haben zum Beispiel die „Bereinigten vaterländischen Verbände“ von Traumbühl in den letzten Tagen in der Form eines offenen Briefes an den deutschvolksparteilichen Reichstagsabgeordneten Professor

Kahl, der bekanntlich seit kurzem ein bayerisches Mandat ausübt, die unflätigsten Beschimpfungen gegen die neue Reichsregierung losgelassen und gemeinsame Forderungen aufgestellt, die sich ganz in den Gedankengängen der extremsten Antisemiten bewegen. Unterschrieben war der Brief sowohl von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wie auch von der Bayerischen Volkspartei, ja sogar von der Bayerischen Mittelpartei, in der bekanntlich Deutschnationale und Deutsche Volksparteier vereinigt sind. Ueberhaupt schwimmt die Bayerische Volkspartei trotz Rupprecht, Held und Dr. Heim zum Teil ganz im Fahrwasser Hitlers und Lubendorffs. Zahlreiche ihrer Lokalblätter sind im Sinne des „Bayerischen Beobachters“ und im Stile des „Miesbacher Anzeigers“ redigiert — je nach der persönlichen Einstellung des maßgebenden Ortspräsidenten —, und die Leitung der Bayerischen Volkspartei trägt neuerdings diesen Verhältnissen so weit Rechnung, daß sie ihre in München für die Provinzpresse ausgegebene Zeitungskorrespondenz in zwei verschiedenen Auflagen herausgibt, für die Blätter der einen und für die der anderen Tendenz! Schließlich darf nicht verkannt werden, daß der frühere Ministerpräsident und jetzige Regierungspräsident v. Kahr, der heute noch in der Bayerischen Volkspartei, obwohl protestantischer Katholik à la Michaelis, einen hervorragenden Einfluß ausübt, zugleich der Vertrauensmann Hitlers und Lubendorffs ist und in der kommenden Butschregierung als dritter Mann im Triumphirer auszuweisen ist.

Wie sich die jetzige bayerische Regierung zu dieser ganzen Entwicklung stellt, ist um so schwerer zu sagen, als sie innerlich höchst uneinig ist. Es ist ein tolles Durcheinander von persönlichen Feindschaften und Intrigen, die letzten Endes doch den aktivsten Elementen innerhalb der bayerischen Reaktion, nämlich den nationalsozialistischen Hitler-Banden zugute kommen.

In dieser Hinsicht hat man es allerdings in der bayerischen „Ordnungszelle“ unglaublich weit gebracht. Wer am Abend des „Deutschen Tages“, am 2. September, durch Nürnberg fuhr, der konnte einen Einblick in jene bayerischen Ordnungsverhältnisse gewinnen, der die fähigste Phantasie übertraf. Der ganze Bahnhof glich einem Heerlager. Tausende von uniformierten Hitler-, Wikinger-, Reichsflaggebanden, meist zwischen 17 und 20 Jahren, größtenteils bezehrt, standen auf den Perrons oder füllten die Sonderzüge, größten das Ehrhardt-Lied und konnten vor Heiterkeit und Besessenheit die Heilrufe auf die neuankommenden oder abfahrenden Scharen mit meterhohen Hakenkreuzbannern gar nicht mehr herausbringen. Ausländer, darunter Delegierte einer amerikanischen Quätermmission wurden mit den unflätigsten Beschimpfungen bedacht, weil sie den halbbrüchigen Rassenrhetorikern mit schwarzweißroten Armbinden und Hakenkreuzabzeichen nicht arisch genug aussahen. Und immer wieder drängt sich die Frage auf: Wer bezahlt die Milliarden, die eine solche Massenkonzentration heutzutage erfordert? Und dann die andere Frage: Was würden die sozialistischen und christlichen Arbeiter an der Ruhr und am Rhein empfinden haben, wenn sie Zeugen dieser bodenlosen Schweinerei gewesen wären?

Es wird nun vielfach versichert, daß der Höhepunkt der nationalsozialistischen Woge in München selbst überschritten sei. Wenn das zutrifft, so läge für Hitler darin ein Grund mehr, bald loszuschlagen, ehe er noch mehr abgewirtschaftet hat. Aber die Sozialdemokratische Partei hat durch die Auffstellung einer vieltausendköpfigen, vorzüglich disziplinierten Sicherheitsabteilung ein Abwehrinstrument im Interesse der Reichseinheit und der Republik geschaffen, die den Kampf mit den Hakenkreuzern in jeder Hinsicht aufnehmen könnte, vorausgesetzt allerdings, daß sich Reichswehr und Landespolizei im Butschfalle neutral verhielten. Die besten Kenner der Verhältnisse versichern nun, daß die Reichswehr im allgemeinen als zuverlässig betrachtet werden dürfe, die Polizei dagegen ganz und gar nicht, da sie seit Boehner und Rorß ganz hakenkreuzlerisch infiziert sei.

In dieser kritischen Lage erwachsen der Reichsregierung ganz besondere Pflichten. Die früheren Erfahrungen lehren, daß jede weitere Konzession an die sogenannten

bayerische Eigenart lediglich zur Steigerung der anarchischen Zustände in der „Ordnungszelle“, zur Stärkung der reichszerstörenden Elemente und umgekehrt zur Schwächung und Entmutigung der republikanischen und reichstreuen Kräfte führt. Das muß jetzt aufhören; das Reich darf seine treuesten Vorkämpfer auf exponierten Posten nicht länger im Stiche lassen. Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat in seiner Stuttgarter Rede verkündet, daß er nicht mit der Staatsautorität Schindluder treiben lassen würde. Dieses Versprechen ist gerade von den treuesten Söhnen des Reiches auf bayerischem Boden nach den neun Monaten Gewährenlassen durch Cuno-Heinze mit freudiger Hoffnung aufgenommen worden. Bei den geringsten Anzeichen einer Krise muß von Reichswegen rücksichtslos durchgegriffen werden, damit endlich in Bayern das Reich, das Recht und der elementarste politische Menschenverstand wieder zur Geltung kommen.

Hoffnung auf ein zweites Halle.

Ueber taktische Fragen hat es in der politischen Arbeiterbewegung stets Meinungsverschiedenheiten gegeben. Es ist darum nicht erstaunlich, daß auch die Politik der großen Koalition, zu der sich die Partei in einer außerordentlichen Lage nach langem Zögern und Bedenken entschlossen hat, bei den Parteigenossen nicht überall ungeteilten Beifall findet. Es ist ebensowenig erstaunlich, daß diese Kritik mitunter in rednerischen und schriftstellerischen Aeußerungen scharfen Ausdruck erhält. Auch das ist eine Erscheinung, die wir von alter Zeit her gewöhnt sind. Neu ist nur im Verhältnis zu den Zuständen der Vorkriegszeit die Tatsache, daß links von der Sozialdemokratie eine Partei steht, die alle Vorgänge in ihr belauert und jede Gelegenheit wahrzunehmen sucht, um auf neue Spaltung, neue Zertrümmerung der Arbeiterbewegung hinzuwirken.

Mit welcher Aufmerksamkeit und mit welchen vertriegenen Hoffnungen alle Vorgänge in der Sozialdemokratischen Partei von der KPD verfolgt werden, davon legt jede Nummer der „Roten Fahne“ deutlich Zeugnis ab. Auch die neueste ist von oben bis unten angefüllt mit Betrachtungen über die „Opposition in der SPD“, die teils belobigt, teils zu schärferem Vorgehen angetrieben wird. Man mutet ihr zu, sich auf die bößdünne Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung“ einzuschwören, die ihre Verwirklichung finden soll, nachdem die gegenwärtige Reichsregierung durch einen politischen Massenstreik beseitigt sein wird.

Sozialdemokraten sollen also mithelfen, einen politischen Massenstreik zu inszenieren gegen eine Regierung, in die die Sozialdemokratische Partei vier ihrer Mitglieder entsendet hat. Die „Rote Fahne“ muß von der Disziplin in der Sozialdemokratischen Partei sonderbare Vorstellungen haben, wenn sie solche Forderungen zu stellen wagt.

Ganz offensichtlich wird das Ziel verfolgt, auch mit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei dasselbe Spiel aufzuführen, das seinerzeit auf dem Parteitag von Halle mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gespielt worden ist. Vergessen wird dabei nur, daß Erfahrungen schließlich dazu da sind, daß man aus ihnen lernt, und daß die Einigung von Nürnberg ein Ergebnis dieser Erfahrungen und eine Tatsache ist, gegen die alle Bauernschläue deutscher Ehrensozialen nichts auszurichten imstande sein wird. Der Weg der KPD geht von Spaltung zu Spaltung bis zur völligen Zersplitterung, der Weg der Sozialdemokratie geht zur Einigung des ganzen merkligen Volkes in einen geschlossenen aktionsfähigen Parteikörper. Und jeder sozialdemokratische Arbeiter begreift, daß es richtiger ist, diesen Parteikörper auch in schwierigen Situationen einheitlich und aktionsfähig zu erhalten, als wegen taktischen Meinungsverschiedenheiten auseinanderzulassen.

Es geht nicht noch einmal nach Halle, sondern es bleibt bei Nürnberg!

Der Umrechnungkurs für die Landabgabe beträgt für die Zeit vom 15. bis 18. September 1923 einschließlich 13 900 000 für je eine Goldmark.

Basalttheatern um Shakespeare zu wetteifern. Ein modernes Stück, von kindigen Dramaturgen ausgeführt, mit allen Nerven durchgeprobt und bis zum Grunde durch Seetelektifiziert hätte ein eindrucksvolleres Bekenntnis ergeben, ein Bekenntnis zur Zeit, zu ihrer Dichtung, zu ihrer Traurigkeit, zu ihrer Gewalt.

So blieb alles eher ein versprechender Versuch. Herr Kortner, einstmal nicht im Staatstheater zu händigen, ist jetzt willens, sich in den Kreis der „Truppe“ einschmizen zu lassen. Er übertrug seine Rolle. Er neigt zu Ausschweifungen. Die Natur hat in ihm einen bigarren Künstler geschaffen. Es ist ein schriller Held der Bewegung, er ist ein häufig überstimmender Spekulant in Reklamspekulationen. Das Sinnliche bedarf seines besonderen Stils, das Tierische sogar, die Geistigkeit adelt ihn selten. In seinem Schloß rumoren hunderte bedeutender Mähelein, er wird aber kaum der irrsinnig Befessene, der die Gutzgerechtigkeit nur fordert, weil er sie für Gottestrast und ewige Ueberweltung hält. Herr Kortner ist der größte Gegenfah zu seinen Kameraden, von denen jeder ein akademisch genährter Schauspieler ist. Johanna Hofer, Herr Rützel, Herr Bildt — aus verschiedenen Schulen kommen sie, doch sie blieben trotz vielfachen Talents in den stramm zusammenhaltenden Fesseln ihrer Natur. Sie werden nie unendlich groß, aber auch nie unendlich schlecht sein wie der ungewöhnlich begabte Kortner. Nun ist es Aufgabe des Regisseurs, diese getreue Gefolgschaft so zu modeln, daß sie gelenkter wird, daß sie sich für die ganze Dauer eines Dramas die siegreiche Beredsamkeit erobert. Sprechen, sprechen, nach ganz festen, heiligen Gegeben, das ist vorläufig die Hauptsache im Theater, nicht minder für den Dramatiker als für seine Basalten, die Schauspieler. Wer gut singt braucht sich noch nicht gut auf der Bühne zu bewegen, aber wer gut spricht, wird auch auf geheime Art der Bühnenbewegung Herr. Wir brauchen wieder das Theater für das mitdichtende, mitbauende, mitformende Ohr, nachdem das Theater für das Auge einer deutlichen Dekadenz und sogar einer bedeutenden Unwichtigkeit verfallen ist.

Max Hochdorf.

Eine Botenschaft ausländischer Jugend. Anfang August hielten die „Young Friends“, die jungen Quäker, in Richmond-Indiana eine Konferenz ab. Es trafen sich dort 350 junge Leute, die alle Teile der Vereinigten Staaten, England, Kanada, Rußland, China und Japan vertraten. Die „Freunde“ wünschten in erneuter Erkenntnis der physischen Leiden und geistigen Abgeschlossenheit der deutschen und österreichischen Jugend, daß auch sie trotz allem den Mut aufrecht erhalten im Kampf „für ein Leben, das jede Möglichkeit der Entstehung von Kriegen verhindert“. Als Ausdruck ihres Kameradschaftsgefühls senden sie „den jungen Menschen in Deutschland und Oesterreich“ diese Botenschaft:

„Die jungen Quäker fühlen sich Euch herzlich nahe. Jugend aus den Vereinigten Staaten, aus England und anderen Ländern traf

Wo blieb das Geld?

Im „Kölnener Tageblatt“ wird mit einer erstaunlichen Offenherzigkeit Stellung genommen gegen die „rheinischen Parteiführer“, die kürzlich in einer Unterredung mit dem Reichskanzler zur Fortsetzung des passiven Widerstandes eintraten. Unter ihnen befand sich neben dem Vorsitzenden des Preussischen Staatsrats, dem Oberbürgermeister von Köln, Adenauer, auch der Kölner Großbankier Louis Hagen. Das Kölner Blatt behauptet, daß die Befürworter des passiven Widerstandes „nur noch in den Reihem sitzen, die aus dieser Politik geldlichen Nutzen schöpfen“. Ueber die Mißwirtschaft, die mit den Rhein- und Ruhrkrediten getrieben wurde, berichtet das Blatt in grellen Farben und schließt:

„Wer das große Elend und die riesenhafte Unmoral, die wir im Westen mit der Politik des passiven Widerstandes erlitten haben, ständig vor Augen hat, der muß dem Währungsausschusse des Reichswirtschaftsrats dankbar sein, der die Dinge beim richtigen Namen genannt hat. Voraussetzung für jede Besserung ist die Beseitigung der Defizitwirtschaft der öffentlichen Gewalten. Diese Defizitwirtschaft ist im besetzten Gebiet durch staatspolitische Maßnahmen, deren Stürperhaftigkeit wir nicht erst jetzt, sondern schon vor Monaten im „Kölnener Tageblatt“ geahnt haben, zum System erhoben worden. Und deshalb schließen wir uns den Forderungen des Währungsausschusses des Reichswirtschaftsrats an. Die Ausgaben für den Ruhrkampf sind sofort auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, die für Ruhrzwecke zur Verfügung stehenden Gelder sind zu kontingentieren und ihre Verteilung ist unter Kontrolle eines kleinen, mit distanzvollen Vollmachten versehenen Ausschusses zu stellen. Bedauern müssen wir es, daß diese Forderungen nicht von den politischen Führern des Rheinlandes ausgegangen sind.“

Als Genosse Hilferding das Reichsfinanzministerium übernahm und nun genaueren Einblick in die bisherige Ruhrfinanzierung gewann, ist er — wir verraten da kein Geheimnis — ebenso erstaunt gewesen über den Zustand, den er vorfand, wie die große Öffentlichkeit, die erst durch Hilferdings schonungslose Rede im Hauptauschuß des Reichstages über die Verwahrlosung der Reichsfinanzen volle Klarheit bekam. Daß jetzt schleunigt dieser Verwahrlosung ein Ende gemacht werden muß, darüber sind sich alle einig. Aber man kann nicht plötzlich alle Zahlungen einstellen, ohne heillose Verwirrung im besetzten Gebiete anzurichten. Aber es muß der „riesenhafte Unmoral“ mit allen Mitteln begegnet werden, die sich vor allem darin äußert, daß „das Rheinland“, will sagen, gewisse rheinische Kapitalgruppen, durch riesenhafte Kaufaufträge an der Berliner Börse den Kurs ausländischer Zahlungsmittel schamlos in die Höhe treiben.

Ermäßigungen beim Steuerabzug.

Vom 16. September 1923 ab werden die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn wiederum erhöht, und zwar auf das Doppelte der für die erste Septemberhälfte geltenden Sätze. Sie betragen von diesem Zeitpunkt ab:

- a) für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich je 720 000 R. (bisher 360 000 R.), wöchentlich je 172 800 R. (bisher 86 400 R.).
- b) für jedes auf dem Steuerbuch vermerkte minderjährige Kind monatlich 4 800 000 R. (bisher 2 400 000 R.), wöchentlich 1 152 000 R. (bisher 576 000 R.).
- c) für Werbungskosten und sonstige Abzüge monatlich 6 000 000 R. (bisher 3 000 000 R.), wöchentlich 1 440 000 R. (bisher 720 000 R.).

Serbisch-französisches Einvernehmen. Der jugoslawische Ministerpräsident Pašić erklärte im Ministerrat, daß er mit Poincaré wegen der Fiumefrage verhandelt habe. Sein Bericht war optimistisch gehalten, da zwischen Jugoslawien und Frankreich volles Einvernehmen in dieser Angelegenheit erzielt worden sei.

Die erste Tat der „Truppe“.

Es war unter den Kunstfreunden ein großes Neugierigsein, als die ersten Nachrichten von der Gründung der „Truppe“ bekannt wurden. Schauspieler, die sich nicht dem Geschäftsbetrieb der Theaterkapitalisten unterwerfen wollten, hatten sich zusammengetan, um eigenes Glück und eigenes Leid zu versuchen. Sie waren Revolutionäre der sozialen Gesinnung, sie waren nach dem großen Schauspielertreue vom Herbst des letzten Jahres die Widerspenstigen, die ihren Kampf nicht nur zur Lösung von Geldfragen führten. Das Ideal des Komödianten schlechtweg, die Sehnsucht nach dem Zusammenpiel, die Freude an der strengen Kunstszucht, das sollte hier erfüllt werden. Man berief Berthold Viertel, einen tapferen Anwalt und hartspitzigen Verteidiger dieser Ideale, an die Spitze. Die „Truppe“ will in Berlin und Wien spielen. Sie will dem Kinematographen nur dann dienen, wenn alle Kameraden zu einem anfänglichen Filmwert zu gebrauchen sind. Das Kino soll nicht das Theater verdrängen, das Theater soll unter Umständen von den Ueberflüssen des volkstümlichen Kinos unterhalten werden. Die „Truppe“ und das „Schauspieltheater“, das den Sommer überstand und den Winter nicht fürchtet, sind Gründungen der Schauspieler selbst. Ein genossenschaftlicher Kunstgeist befeuert alles. Die hochheilige Frage, ob dieser Geist mit der Wirklichkeit und der Realisierung und dem zukunftsreichen Publikum auskommen wird, ist noch zu lösen.

Die erste Kunsttat der „Truppe“, bebaut von den Anhängern, war ein schöner Versuch, wenn auch kein glänzender gelungener. Von vielen alten Theatern wurden die jungen Kräfte zusammengeholt. Der Regisseur Berthold Viertel hätte ein Uebermensch sein müssen, um zugleich die feindseligen Temperamente, die lauten und die leisen, zu einer vollendeten Einheit zusammenzuschmieben. Außerdem ist die Bühne des Lustspielhauses, in dem die Gastfreundschaft erbeten würde, klein und nur für die bequeme Komödie ausreichend. Wo das „Hularenfieber“ sich jahrelang breit machte, ist der Kaufmann von Benedig kein bequemer Eindringling.

Es fehlte der Architektur der Bühne das Schwärmerische und Zauberhafte. Man muß rechnen und sparen. Die Morgendämmerung des Schauspielers, das wunderwunderliche Liebesgezüglerische lönte durch einen armenigen Raum. Benedig, das Haus der reichen Wucherers Schloß, der Gerichtssaal, all das könnte in Farbe geputzt werden. Es fehlte aber die Gestaltung und Mojestät des Raumes und die sabbliche Phantastik. Nur die Gewänder leuchteten an den Körpern und auf den Häuptern prunkten die Goldbezierungen.

Als diese auffällige, durchaus ausgelegelte Heuchelei des Reichs und kaum verdeckte Armut würde nichts gegolten haben, wenn das Wort der Künstler gefloht hätte. Es hat noch nicht gefloht! Vielleicht wäre es nützlich gewesen, gar nicht mit den

sich in diesen Tagen, Jugend der verschiedenen Meinungen; und überwältigend stark erstand in uns das Bewußtsein der tiefen Gemeinschaft der Einheit aller Menschen.

Das Dunkel des Krieges, das uns verwirrt, beginnt sich zu lichten; wir sehen, was für ein Unbegriff es ist, ein ganzes Volk zu verurteilen. Wir glauben, daß alle Staaten schwere Schulden tragen und unser Stolz auf Amerika wird Demut, denken wir an Lüge und Haß, mit denen wir uns besuden. Aber wir glauben auch, daß in allen Ländern Menschen in Hingabe die Welt der Wahrheit und Liebe zu bauen suchen.

Wir hören von Euch jungen Menschen in Deutschland und Oesterreich, die Ihr entschlossen seid, treu zu sein trotz Einsamkeit, gelochterter Hoffnung, Not. Ob unser nächstes Ziel auch nicht das selbe, wir wandern gemeinsam mit Euch, Kameraden, auf dem Pfad der Liebe. Mit Euch glauben wir, daß uns aus der ersten Beteiligung der Liebe im Alltag jedes einzelnen eine neue Welt des Brudersinns ohne Grenzen, die Welt des Rechts entstehen kann.

„Mein Vetter Eduard“, der neue Schwarm von Fred Kobs, erlebte im Komödienthaus seine Uraufführung. Eine unheimliche Verwechslungs- und Verkleidungsgeschichte, die sich in nichts von dem üblichen Durchschnitt der bloßen Unterhaltungsschwänke, nach dem Geschmack des neureichen Speiertums, unterscheidet. Trotzdem ist die Sache diesmal auch für andere Leute unterhaltend, da ein Darsteller von starken Fähigkeiten (Ralph Arthur Roberts) sich mit Liebe und guter Laune ihrer angenommen hat. Dieser Roberts spielt den Eduard, den Typ eines „guten Jungen“, der sich zu den unmöglichsten Täuschungsmanövern voller Frohsinn gebrauchen läßt. Er hat Spaß daran und verstrickt sich in einem amerikanischen Erbtonel, den er zu kopieren hat, so unrettbar, daß er aus der Wirnis der Charaktere sich selber nicht mehr befreien kann. Außer Georg Bolest fand sich in der Schaar der Darsteller kaum einer, der den Qualitäten des Hauptdarstellers auch nur annähernd entgegen hätte.

Die deutsche Wissenschaftskultur in Gefahr. Die „Reichsgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ hat sich in einer Sitzung am 10. September 1923 mit der verhängnisvollen Entwicklung in der wissenschaftlichen Buchproduktion beschäftigt. In der Erkenntnis, daß der Niedergang der wissenschaftlichen Literatur eine unheilbare Krise der Kulturpolitik bedeute, forderten die anwesenden Vertreter der wissenschaftlichen Berufe und des Parlaments in einer Entschlüsselung die wissenschaftlichen Berufsstände des Volkes und die Regierung auf, eine Rettungsaktion einzuleiten, die verucht, die katastrophale Entwicklung des Wirtschaftsverfalls insoweit aufzuhalten, daß ein Mindestmaß deutscher Wissenschaftskultur gewährleistet wird, die für das Dasein des Gesamtvolkes unerschließlich ist.

Das Ende des deutschen Buches. Die Schlüsselgabe im Buchhandel beträgt vom Donnerstag neun Millionen.

Der Völkerverbund gegen die unflätliche Literatur. Die von Frankreich unter der Ägide des Völkerverbundes einberufene internationale Konferenz zur Bekämpfung der unflätlichen Literatur genehmigte ein internationales Abkommen.

Keine Reichstageseinberufung.

Im Vorkommensauschuss sprachen sich heute die Mehrzahl der Parteien gegen eine sofortige Einberufung des Reichstages aus. Nachdem die Regierung hatte wissen lassen, daß die außenpolitischen und finanzpolitischen Verhandlungen noch im Fluss sind, so daß sich eine abschließende Mitteilung jetzt noch nicht machen läßt. Für eine Einberufung des Reichstages waren nur die Vertreter der Deutschen nationalen Partei und der Kommunisten, die aber im Plenum nur über 81 Stimmen verfügten, während die übrigen Parteien die Auffassung der Regierung teilten. Eine Einberufung des Reichstages ist demnach nicht vor den letzten Septembertagen zu erwarten. Aber Einberufung des Reichstages durch Ausschüsse, dessen Verhandlungen vor der Einberufung des Reichstages stattfinden sollten, werden erst nach Verhandlungen gepflogen.

Die neuen Postgebühren ab 20. September.

Wie bereits gemeldet, treten bei der Reichspost in diesen Tagen neue Gebührenerhöhungen in Kraft und zwar werden am 16. September die Telegraphen- und Fernsprechnetzegebühren und am 20. September die Post- und Postfachgebühren erhöht.

Es beträgt ab 16. September die Gebühr für ein gewöhnliches Telegramm im Fernverkehr 400 000 M. Grundgebühr und 200 000 M. Wortgebühr; Pressetelegramme 200 000 M. Grundgebühr und 100 000 M. Wortgebühr. Bei Fernsprechnetzen wird das 250 000fache der Grundbeträge erhoben werden. Die Postgebühren werden ab 20. September sich folgendermaßen gestalten: Postkarten im Ortsverkehr 50 000 M., im Fernverkehr 100 000 M. Briefe im Ortsverkehr Anfangsgebühr 100 000 M., im Fernverkehr Anfangsgebühr 250 000 M., Druckzettel bis 25 Gramm 50 000 M., Geschäftsbriefe bis 250 Gramm 250 000 M., Warenproben bis 100 Gramm 150 000 M., Päckchen bis 1 Kilogramm 500 000 M., Pakete bis 3 Kilogramm 1 Zone 600 000 M., 2. Zone 1 200 000 M., 3. Zone 1 200 000 M., von 19—20 Kilogramm 1. Zone 3 600 000 M., 2. Zone 7 200 000 M., 3. Zone 10 800 000 M., Zeitungspost bis 5 Kilogramm 1. Zone 400 000 M., 2. Zone 900 000 M., 3. Zone 900 000 M. Postanweisungen bis 2 Millionen Mark 100 000 M., über 2 bis 5 Millionen Mark 150 000 M., über 5 bis 10 Millionen Mark 200 000 M., über 10 bis 30 Millionen Mark 250 000 M. usw., über 400 bis 500 Millionen Mark 1 Million Mark. Postfachgebühren: Barreinzahlungen mit Zahlkarte bis 2 Millionen 20 000 M., über 2 bis 5 Millionen 30 000 M., über 5 bis 10 Millionen 40 000 M., über 10 bis 30 Millionen 50 000 M., über 30 bis 50 Millionen 60 000 M., usw., über 500 000 Millionen 300 000 M. Für bargeldlos beglichene Zahlkarten wird dieselbe Gebühr erhoben, im Höchstfall jedoch für eine Zahlkarte eine Gebühr von 100 000 M.

Außerordentliche von Freimarken.

Nach einer Bekanntmachung des Reichspostministeriums verlieren alle Freimarken im Einzelwerte von weniger als 100 Mark mit Ablauf des 30. September ihre Gültigkeit. In den Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Oktober 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Gesamtwerte von 1000 M. vorgelegt werden. Auch bei höherem Gesamtwerte wird ein Teilbetrag unter 1000 M. nicht vergütet. Bordrucks mit eingedrucktem Wertstempel unter 100 M. (Postkarten, Kartenbriefe usw.) werden nicht eingelöst; sie können aufgebraucht werden, u. U. unter Durchstreichen des Wertstempels oder Ueberkleben mit gültigen Freimarken.

Der Raubmord im Eisenbahnzug.

Der Ermordete erkannt.

Zu dem Raubmord im Personenzug bei Großbeeren werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Der Ermordete und Verwundete ist als der 42 Jahre alte Direktor Max Krenzig aus der Kettlerstraße 23 erkannt worden. Krenzig war in Geschäftsangelegenheiten nach Jena gereist und wollte heute nach Berlin zurückkehren. Unterwegs ist er überfallen, ermordet, beraubt und aus dem Zuge geworfen worden. Dem Täter sind mehrere Millionen Bargeld, eine goldene Uhr, eine Reisetasche und ein Reisekoffer in die Hände gefallen. Der Blodhausmörder in der Gegend von Genshagen bemerkte, als der Zug sich näherte, wie etwa 100 Meter von seiner Station entfernt ein Mann aus einem geöffneten Abteil auf das Gleis hinausgeschleudert wurde. Als der Zug an ihm vorbeidraufte, sah er den Täter in der Tür stehen. Er drohte ihm, worauf der Mörder sich duckte, um nicht gesehen zu werden. Der Blodhausmörder telephonierte sofort den Vorfall an den Stationsvorsteher in Großbeeren. Der Mörder hat die Tat mit einer Eisenstange begangen, die er aus einem Bremserbüchsen losgerochen hatte. Er ist wahrscheinlich während der Fahrt auf einem Trittbrett entlanggegangen und hat nach einem Abteil gesucht, in welchem sich nur ein Reisender befand. Der Kampf zwischen den beiden muß hart gewesen sein, so daß der Täter über und über mit Blut besudelt sein muß. Kriminalkommissar Dr. Riemann bittet alle Reisenden des Zuges, die etwas über den mutmaßlichen Täter oder über sonstige Umstände, die zur Aufklärung der Tat führen können, mitzuteilen in der Lage sind, sich an ihn zu wenden. Ebenso werden die Einwohner von Großbeeren und der umliegenden Ortschaften dringend um Uebermittlung etwaiger Wahrnehmungen an die Berliner Kriminalpolizei gebeten.

Geheimnisvoller Diebstahl auf dem Dachhof.

Ein Milliardenbetrug ist mit ungewöhnlicher Dreistigkeit auf dem Dachhof des Zollamtes am Lehrter Bahnhof verübt worden. Dort lagerten u. a. in dem Gebäude an der Rottkebrücke große Mengen Holz, der nur für technische Zwecke verwendbar ist, in Fässern von je 5 Zentnern. Davon sind 22 Fässer mit 110 Zentnern verschwunden. Man hatte keine Erklärung dafür, bis ein Kutscher angehalten wurde, der gerade eine Anzahl Fässer abrollte. Jetzt zeigte sich, daß er die fünfte Fuhr gestohlenen Holz abholte. Missetäter einer noch unbekanntem Bande hatten jedesmal irgendeinen Kutscher, die sie mit leeren Wagen auf der Straße trafen, angehalten, und sie erlucht, rasch eine Gelegenheitsfuhr für sie zu machen. Der unbekanntem Auftraggeber gab dem ahnungslosen Kutscher, der in gutem Glauben handelte und sich einen Nebenverdienst verschaffen wollte, jedesmal die Weisung, vom Hofe einzuweisen hinauszufahren. Er habe noch etwas zu besorgen, werde auf der Straße zu ihm kommen und ihm das Holz abgeben. Bevor der Mann erschien, wurde der zuletzt von ihm gemietete Kutscher angehalten. Jetzt ließ sich der Auftraggeber, der das Mißgeschick wahrzunehmen haben muß, nicht mehr sehen. Als der gestohlene Holz der früheren Fuhrern geblieben ist, weiß man noch nicht. Die Kriminalpolizei vermutet, daß er irgendwo in einem größeren Lagerraum einer Expedition oder dergleichen einstmals untergebracht worden ist. Die Fässer, deren Boden grünlich gezeichnet ist, tragen die Aufschrift Weddel u. Co., Buenos Aires. Mitteilungen über ihren Verbleib nimmt Kriminalkommissar Dr. Koch, Dienststelle R. I. 9 im Polizeipräsidium entgegen.

Der Diebstahl erinnert an die großen Diebstähle, die vor längerer Zeit einmal von einer Bande auf den Berliner Güterbahnhöfen verübt wurden. Die Bande wurde damals von der Kriminalpolizei gesprengt, und einige ihrer Mitglieder erhielten lange Zuchthausstrafen. Die anderen aber, die nicht ermittelt wurden, haben sich wahrscheinlich jetzt wieder zusammengesetzt, und bei dem nächsten Diebstahl ihre Hand im Spiel. Für die Aufklärung wird eine hohe Belohnung ausgesetzt. Zweifelhafte Mitteilungen werden vertraulich behandelt.

Das Chaos auf dem Lebensmittelmarkt.

Täglich mehrmalige Preiserhöhungen.

Die mahnwichtigen Dollarsprünge der letzten Tage haben auf dem Lebensmittelmarkt fast zu einem völligen Zusammenbruch der Preisbildung geführt. Die von den Großhandelsverbänden fast ständlich festgesetzten Verkaufspreise auf Grund des Dollarstandes jagen einander so, daß der Kleinhandel vielfach überhaupt nicht mehr wußte, welche Preise er für seine Waren nehmen sollte. So haben sich Verhältnisse herausgebildet, die ein scharfes Durchgreifen der Aufsichtsbehörden notwendig machen. In den Markthallen hat der Kleinhandel einen „Kursdienst“ eingerichtet, der zu lebhaften Protesten des Publikums Anlaß gegeben hat. Die Händler eröffnen ihre Stände, namentlich sofort für Margarine, Schmalz, Kolonialwaren oder Fleisch verkaufen, gewöhnlich erst um 11½ Uhr vormittags, zu einer Zeit, zu der die Kurse der Börse bereits bekannt sind. Die Markthallen und ebenso die Großhandelsfirmen, die über eine Anzahl Filialen verfügen, stehen mit der Börse laufend in Verbindung und man sieht halbstündlich in den Hallen Leute aufgeregt durch die Gänge eilen, die den Standinhabern die letzten Kurse zurufen und ihnen sogar, natürlich noch oben abgerundet, die Prozentzüge mitteilen, die aufzuschlagen sind. Eine Minute später sind bereits die Preisaushänge verschwunden und durch die entsprechenden neuen Aufschläge ergänzt. So ist es durchaus nichts Seltenes, daß in den Markthallen gegenwärtig die Preise am Tage 5 bis 6mal wechseln. Es ist verständlich, daß sich der Käufer bei diesem jauchenden, völlig ungerechtfertigten System eine gewisse Verunsicherung bemächtigt und daß es in den letzten Tagen hier und da zu sehr erregten Szenen gekommen ist.

Scharfes Vorgehen der Wucherpolizei.

Die Abteilung W des Polizeipräsidiums hat dieser Preisbildung erneute Beachtung geschenkt und ist zu der Ansicht gekommen, daß dem Treiben der Kleinhandlener energisch Einhalt geboten werden muß. Aus diesem Grunde hat der Leiter der Abteilung W, Regierungsrat Hinfel, an sämtliche Polizeireviere in Groß-Berlin die Anweisung gegeben, sowohl die Markthallenstände als auch die Lebensmittelgeschäfte täglich zu beobachten und zu kontrollieren. Der Kleinhandel ist verpflichtet, sich 24 Stunden lang an den morgens oder mittags am Großhandel festgesetzten Preis zu binden und darf während dieser Zeit selbständige Preiserhöhungen nicht vornehmen, wenn er nicht mit den Gesetzen in Konflikt kommen will. Für Obst, Gemüse, Eier, Fische usw. wird der Großhandelspreis morgens um 8 Uhr in der Zentralmarkthalle festgesetzt und diese Preise müssen sowohl die Markthallenstandinhaber als auch die Ladengeschäfte bis zum nächsten Morgen ohne Aufschlag einhalten. Für Butter, Margarine, Schmalz, Leinwolle, Kolonialwaren, mit Ausnahme von Kaffee, Tee und Gewürzen, werden die Preise nachmittags um 3 Uhr festgesetzt und dieser Preis gilt bis zum nächsten Tage um 3 Uhr nachmittags. Die Polizeireviere erhalten von der Abteilung W sofort die Großhandelspreise durch Kundentelegramm und die Beamten haben strengste Anweisung, einzugreifen, sobald der Handel die Großhandelsrichtpreise aus eigener Machtvollkommenheit überschreitet. Auch das

Aus Habensteins Reich.

Die deutsche Regierung braucht Devisen. Also gehen die ehrlichen Leute zur Reichsbank und stellen sich zur langen Schlange an. Ein einziger Schalter für die Devisenabnahme, ein einziger Beamter! Zweiundzwanzig Stunden dauerte es, so schreibt uns ein Leser, ehe ich meine 20 finnische Mark loswar. Aber nun hatte ich dafür noch nicht das deutsche Papiergeld, sondern nur die Quittung. Mit dieser muß man am anderen Tag wieder antreten, erhält eine Nummer und wartet nun, bis man aufgerufen wird. Ich kam glücklich Punkt 12 Uhr dran, nachdem ich in fürchterlicher Eile seit 10 Uhr, also 3¼ Std., mir die Beine in den Leib gesteckt hatte. Auf die vielen Ausruhe des Unwissens, die aus dem Publikum zu ihm drangen, hatte der freundliche Kassierer nur immer die Antwort: „Ja, Sie haben recht, aber ich kann es nicht ändern. Wir arbeiten bis 10 und 11 Uhr abends Tag für Tag. Es soll eben abgebaut werden.“ Es müssen also Tausende von Menschen jedesmal zwei halbe Arbeitstage opfern, um ihrer Ablieferungspflicht zu genügen. Das ist eine Strafe und sollte doch ein Vergnügen sein.

Gefährliche Häuser.

Den Verfall der Berliner Häuser beleuchtet eine Anweisung des Polizeipräsidiums an die Polizeireviere. Es heißt darin:

In neuerer Zeit mehrten sich die Unfälle durch Herabstürzen von Bauteilen infolge Nachgebens oder Zerkünderung ihrer Befestigungsmittel. Diese Erscheinungen sind die Folgen des Nachlassens oder gänzlichen Aufhörens der Unterhaltung der Bauten während des Krieges und der Folgezeit. Die Gefahr des Herabstürzens droht namentlich bei den Buchshalen der Häuser, bei den Stuckankern von Balkonen und Gesimsen und bei solchen Bauteilen, deren Standfestigkeit in der Regel auf Hilfskonstruktionen aus dünnen Eisenstäben oder Drahtgebilden beruht, da diese einer schnellen Zerkünderung durch Rost ausgesetzt sind. Hier kommen namentlich Fahnenstangen, Schornsteine und aufgehängte Blinddecken in Frage. Aber auch die Dach- und Hallenkonstruktionen aus dünnwandigen Eisenschalen sind der Gefahr eines Zusammenbrechens ausgesetzt, wenn der vorgeschriebene Dehnbereich nicht in gewissen Zeiträumen erneuert wird. Während des Krieges ist die Anstricherneuerung aber aus Mangel an Firnissen in den meisten Fällen unterbleiben und später der Rost wegen schlecht oder gar nicht ausgeführt worden. Die Polizeireviere werden deshalb angewiesen,

Ämliche Devisenkurse.

	13. September		12. September	
	Käufer (Weiß) Kurs	Verkäufer (Weiß) Kurs	Käufer (Weiß) Kurs	Verkäufer (Weiß) Kurs
1 holländ. Gulden	86809000	86991000	87005000	86065000
1 argentin. Pap. Weis	30124500	30227500	30022500	31077500
1 belgischer Franc	4408950	4481050	4688250	4711750
1 norweg. Krone	14082500	15087500	15781000	15839000
1 dänische Krone	16758000	16842000	17586000	17644000
1 schwed. Krone	24538500	24861500	25838000	26664000
1 finnische Mark	2488350	2496150	2583500	2606500
1 japanischer Yen	44688000	44912000	45835000	46115000
1 italienische Lire	4020900	4050100	4300200	4330800
1 Pfund Sterling	418950000	421050000	438600000	441100000
1 Dollar	92169000	92631000	95760000	96240000
1 französisch. Franc	5308700	5338700	5605950	5634050
1 brasilian. Milreis	8077500	8072500	8570000	8621000
1 Schweizer Franc	16359000	16441000	17316600	17408400
1 spanische Pieta	12369000	12431000	12897500	13022500
100 österr. Kr. (gest.)	129675	130825	135680	136840
1 tschechische Krone	2793000	2807000	2922750	2907250
1 ungarische Krone	40575	50125	5185	5215
1 bulgarische Lewa	917700	922900	937650	942350
1 jugoslaw. Dinar	97500	1002500	1087400	1042600

Publikum wird erlucht, Fälle von willkürlichen Preiserhöhungen zur Anzeige zu bringen.

Die Dollarkrise hat sich auf dem Futtermittelmarkt ganz besonders verhängnisvoll ausgewirkt. Die geringste Sorte des amerikanischen Preshmalzes kostete am Mittwochabend 27 Millionen Mark und wurde heute mit 30 Millionen Mark im Kleinhandel verkauft. Der Margarinegroßhandel hatte am Mittwoch den Verkauf seiner Produkte überhaupt gesperrt und war am heutigen Donnerstag noch unentschieden, welche Preise er zugrunde legen sollte. Immerhin wurden für geringe Margarine mindestens 18 Millionen Mark verlangt. Recht unerquicklich sind auch die Verhältnisse auf dem Fleischmarkt, wo Phantasiapreise verlangt wurden, und eine Ausnahme von der hier geltenden Preistreibe machten nicht einmal die städtischen Verkaufsstellen, die in der letzten Woche beispielsweise, obwohl erhebliche Mengen von verhältnismäßig billigen Gefrierfleisch in den Kühlanlagen hängen, an einzelnen Stellen zwei Tage lang überhaupt nicht verlaufen, dann aber die Ware zu „Lagespreisen“ abgaben. Die Polizeibehörden müssen sich jetzt mit aller Energie der Kontrolle auch der Schlächtereien widmen, um in all den Fällen, wo die Bewachung trotz zutage tritt, scharf durchgreifen zu können.

Neue Preiserhöhung für markenfreies Brot.

Die der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins mittel, erhöht sich vom morgigen Freitag ab der Preis für das markenfreie Brot auf 4½ Millionen und für die Schrippe auf 250 000 Mark. Die Preise für die übrigen Gebäcksorten werden entsprechend heraufgesetzt.

Vor neuen Kohlenpreiserhöhungen.

Im Reichsarbeitsministerium finden heute die Lohnverhandlungen für den Bergbau statt; im Anschluß an die zu erwartende neue Lohnregelung wird dann am morgigen Freitag die Festsetzung der neuen Kohlenpreise abgehandelt, so daß in Kürze wieder mit erheblichen Preissteigerungen für Hausbrand im Kleinhandel zu rechnen ist. Ob die neue Preisfestsetzung für Kohle bereits auf Großmarktbasis erfolgen wird, wie dies beim Eisen bekanntlich schon der Fall ist, steht noch nicht fest.

Der neue Gaspreis.

Wöchentliche Preisfestsetzung. Vierzehntägliche Ablesung.

Die heutige Sitzung der Berufsdeputation in Gegenwart von Vertretern der Fraktionsvorstände hatte das Ergebnis, daß schließlich ein Antrag Prengel angenommen wurde, der besagt, daß die Gaswerke nun doch zur wöchentlichen Preisfestsetzung, wie auch andere Städte, übergeben. Nur soll mit Rücksicht auf die Konsumenten an der 14tägigen Ablesung und Bezahlung festgehalten werden. Der Antrag Prengel wird in der heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung gebracht werden. Falls es nicht möglich ist, ihn heute in zweiter Lesung zu verabschieden, wird am nächsten Dienstag eine außerordentliche Sitzung einberufen werden. Die Höhe der neuen Werkstarife ab 16. September wurde noch nicht festgelegt, da die neuen Kohlenpreise erst am Sonnabend bekannt werden.

Schließung der Heilstätte Beelitz.

Die Heilstätte Beelitz ist wieder einmal von der Gefahr bedroht, geschlossen zu werden. Schon seit mehreren Jahren hat die Landesversicherungsanstalt Berlin wenig Neigung, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Immer wieder erklärte sie, daß kein Geld mehr da sei und man zur Schließung der Anstalt werde schreiben müssen. Durch Umstellung des Betriebes konnte diese Maßregel bisher noch verhindert werden, aber die Heilstätte ist dabei ihrem anfänglichen Zweck zum Teil entzogen worden. Zurzeit ist sie mit Frauen und Kindern besetzt, die in Groß-Berlin ihren Wohnsitz haben, daneben auch mit Kindern, die aus Wien hierher zur Pflege überwiesen sind. In einer Besprechung, die zwischen der Landesversicherungsanstalt Berlin und dem Reichsarbeitsministerium vor einigen Tagen stattfand, wurde die Frage der Schließung erörtert. Die Landesversicherungsanstalt wies darauf hin, daß es „für den Winter an Patienten fest“ würde. Diese Begründung kann wunderbar scheinen, aber sie ist nicht so aufzufassen, daß es in Berlin nicht mehr genug Lungenträger gäbe. Nein, die Zahl der Lungenträger ist wirklich nicht geringer als sonst, was man ja bei den elenden Ernährungs- und Wohnungsverhältnissen ohne weiteres begreift. Aber die Landesversicherungsanstalt hält es mit dem Versehen, „sich nach der Decke zu strecken.“ Im Hinblick auf den Geldmangel umgrenzt sie den Begriff der Heilbedürftigkeit so eng, daß zuletzt wirklich fast keine in ihrem Sinne heilbedürftigen Lungenträger mehr übrig bleiben. Mit der Begründung, die sie da gab, wird kein Mensch das Reichsarbeitsministerium dazu bewegen, Mittel zur Weiterführung des Betriebes zu gewähren. Wenn die Landesversicherungsanstalt ernstlich die Weiterführung wünscht, braucht sie nur die Unterstützung aus Reichsmitteln zu beantragen, zu der das Arbeitsministerium dann gewiß bereit sein wird. Die Lungenträger Berlins sollten durch Bestandmachung ihres Rechtes auf Heilung dafür sorgen, daß es an Patienten nicht fehlt.

Tödlich verunglückt ist ein alter Parteigenosse, der Transportarbeiter Hermann Böttcher, der seit langem in Berlin-Südost wohnte. Im Umkleekabinett in Johannisbad, wo er beschäftigt war, geriet er zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen. Er wurde so schwer verletzt, daß er schon auf dem Transport zum Oberkronenwider Krankenhaus starb. Genosse Böttcher hatte ein Alter von 65 Jahren erreicht. Zur Sozialdemokratischen Partei gehörte er seit drei Jahrzehnten, und lange Zeit war er Funktionär. Abonnet des „Berliner Volksbatts“, des heutigen „Vorwärts“, wurde er (sogleich) nach der Gründung des Blattes, vor jetzt hold 40 Jahren.

Versteigerter 6½ Millionen. Der Versteigerer für die Privatpraxis ist von der Honorarkommission der Ärztekammer und des Groß-Berliner Ärztesbundes mit Wirkung vom 13. September ab auf 6½ Millionen festgesetzt worden.

Rückförderung der Ruhrkinder. Die durch Vermittlung der Reichszentrale für Kinderhilfe im Ruhr- und Rheingebiet außerhalb des besetzten Gebiets untergebrachten Kinder werden auf der Reichsbahn ohne Kostenberechnung in die Heimat zurück befördert. Die Beförderungsgebühren werden nach Vereinbarung mit den Entsendestellen durch einen Pauschalbetrag abgegolten. Die Beschränkung, daß die Kinder binnen vier Tagen nach Aushebung der Verkehrsperre zurückkehren sollen, ist gefallen.

Die Einäschungsgebühr beträgt mit Wirkung vom 14. September 1923 ab 75 000 000 M. (fünfundfünfzig Millionen Mark). Kurios aber das Wasseransehen. Genosse Fritz Dietrich hat am 12., 20., 27. September und 4. Oktober, abends 8 Uhr, einen Ausflug über das Reichshaussee im Park des Berlins junger Kavallerie, Verkehrsstraße 20, ab. Reichshaussee und Wasserbecken werden dazu besonders eingelenkt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis, Brandenburger Berg. Freitag, den 14. September, 7 Uhr. Besprechung der Arbeitgemeinschaft der Arbeitervereine im Bezirk Ost, Danziger Straße, Zimmer 311. 7 Kr. Beide Gruppen müssen anwesend sein. Jungvolkliche Gruppe Teeparty. Der heutige Heimabend findet wie stets im Jugendheim, Eisenstraße 3 statt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Ursachen der Teuerung.

Seit einiger Zeit geht man in Unternehmerkreisen und in deren Presse wieder mit der längst widerlegten Behauptung herum, daß die Löhne die übersteuerten Preise verursachen. Leider haben sich einige Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, besonders Herr o. Raumer, zum Sprachrohr dieser offenbar wahrheitswidrigen Behauptung gemacht. Diese Behauptung wird durch die neuesten Angelegenheiten schlagend widerlegt. Es hat sich jetzt ganz allgemein der Brauch eingebürgert, die Löhne nach der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten festzusetzen. Nach der gestern bekanntgegebenen Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten betrug die Teuerung das rund 5millionenfache der Vorkriegszeit. Die Großhandelsziffer jedoch betrug das 11 513 231fache. Die Teuerung im Großhandel, die sich zusammensetzt aus den Preisen der Einfuhrwaren, der Rohstoffe, Fertigfabrikate und der Lebensmittel, war also Anfang dieser Woche mehr als doppelt so hoch, als die Teuerung im Kleinhandel, nach der die Löhne festgesetzt werden.

Nun ist zu bemerken, daß die Kleinhandelspreise immer schneller den Großhandelspreisen folgen. Man kann also annehmen, daß die Kleinhandelspreise während der Verbrauchswoche der Löhne die Großhandelspreise, besonders bei dem jetzt steigenden Dollarkurs, nicht nur eingeholt, sondern überholt haben werden. In der Woche vom 15. bis 21. September, d. h. in der Woche, in der die Löhne verbraucht werden, die nach der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten von Anfang dieser Woche festgesetzt worden sind oder festgesetzt werden, dürfte die Teuerung das 12millionenfache der Vorkriegszeit betragen. Wenn der Dollar jedoch weiter die Sprünge der letzten Tage macht, dann muß man mit einer noch größeren Preissteigerung rechnen.

Wer kann angesichts dieser Tatsache noch den Mut aufbringen, zu der Behauptung, daß es die Löhne sind, die nach der überholten Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten festgesetzt werden, die diese unerlöste Steigerung der Großhandelspreise verursacht haben? Sind etwa die Löhne der Berg- und Hüttenarbeiter um das 17millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen, wie es die Großhandelspreise der Rohstoffe nach der letzten Reichsindexziffer sind? Diese Rohstoffpreise, die die Tendenz haben, selbst die höchsten Dollarsprünge zu überspringen, die sind es in erster Linie, die die Teuerung der Großhandelspreise der Fertigfabrikate verursachen.

Auch der Reichstagsrat hat in seiner gestrigen Rede vor Vertretern der deutschen Presse gleichfalls behauptet, daß die Löhne die Ursache der Teuerung der Vorkriegszeit seien. Wenn wir einen Dollarkurs von 100 Millionen gegenwärtig zugrunde legen und annehmen, daß der jährliche Minimallohn eines gelernten Arbeiters in Berlin im Jahre 1914 75 Pfg. die Stunde betragen hat, dann müßte nach dem Dollarkurs der Stundenlohn mehr als 18 Millionen Mark betragen. Wenn wir jedoch die Löhne nach der inneren Kaufkraft der Papiermark berechnen und die Steigerung der Großhandelspreise berücksichtigen, dann müßten die Löhne rund 9 Millionen die Stunde betragen. Wo gibt es in Berlin einen Beruf, der Löhne aufweist, die auch nur annähernd an diese Löhne heranreichen? Mit dieser Feststellung dürfte wohl ein für allemal das einfältige Gerede von den hohen Löhnen, die die Ursache der hohen Preise seien, widerlegt sein.

Die festgesetzte Preissteigerung, die von den Roh- und Halbfabrikanten ihren Ausgang nimmt, ist nichts anderes als eine fortgesetzte Enteignung der großen Massen des arbeitenden Volkes. Die Unternehmer, unter Führung der Schwerindustrie, wollen sich trotz aller Finanzmaßnahmen nicht dazu verstehen, diesen Enteignungsprozeß, der unsere gesamte Wirtschaft in den Abgrund treibt, aufzugeben und ihre Betriebe von der Spekulation auf die Produktion umzustellen. Deshalb ist es die verdamnte Pflicht der Regierung und des Reichstages, sich nicht mit finanziellen Maßnahmen zu begnügen, sondern sofort die gesamte Syndikatswirtschaft unter die Kontrolle des Staates und der Verbraucher zu stellen. Finanzmaßnahmen zur Sanierung unserer Staatsfinanzen sind gut und notwendig. Sie müssen aber wirkungslos bleiben, wenn sie nicht begleitet werden von den notwendigen wirtschaftlichen Einwirkungen, von der Beseitigung der Diktatur der Syndikats- und Kartelle.

Die Gebühren der Heilgehilfen und Masseure.

Die schnell fortschreitende Geldentwertung machte eine wöchentliche Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse notwendig. Bei den amtlichen Gebührenordnungen war eine ähnliche Regelung nicht durchführbar. Für die Anpassung amtlicher Gebührensätze an die Geldentwertung strebte die Reichssekretion „Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Anwendung der Reichsindexziffer für die Lebenshaltung als Multiplikator an. Nachdem nach diesem Modus die Hebammegebühren wertbeständig geregelt sind, wie im „Bormärts“ am 6. September 1923 mitgeteilt wurde, sind jetzt auch die Gebühren für Heilgehilfen und Masseure nach demselben System festgelegt worden.

Mit Wirkung ab 1. September 1923 gilt für „Allgemeine und besondere Bestimmungen“ der Gebühren aus der Heilgehilfenordnung

folgende Errechnung: Die Einzelgebühren der Gebührenordnung vom 1. Dezember 1920 werden mit dem dritten Teil eingeleitet und mit der auf volle Tausend nach oben abgerundeten Reichsindexziffer für die Lebenshaltung multipliziert. Als Beispiel könnte man eine Gebühr anwenden, die unter II., Ziffer 4. 1. Pof. 1 der Gebührenordnung vom 1. Dezember 1920 mit 3 M. eingeleitet ist. Ein Drittel dieser 3 M. ergibt 1 M., diese mal Reichsindexziffer vom 3. September 1923 (1845261) würde für die Woche nach dem 6. September 1923 1845000 M. ergeben. Die neue Reichsindexziffer für die Lebenshaltung gilt für diese Berechnung vom Tage nach der Veröffentlichung. Die Forderung der freigewerkschaftlich organisierten Heilgehilfen und Masseure nach der Anpassung der Gebührensätze an die Teuerung ist hiermit erreicht.

Die tägliche Lüge.

Die „Rote Fahne“ bringt in ihrer heutigen Morgenausgabe unter der Überschrift „Ein Verteufeltes am Pranger“ eine Mitteilung, die besagt, daß der Gewerkschaftsbeamte Russial vom Buchdruckerverband in Verclamungen die Behauptung aufstelle, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion bei wichtigeren Abstimmungen nicht in voller Stärke vertreten sei, im Gegensatz zur BSWD.

Da die „Rote Fahne“ den Mund so immer sehr vollnimmt, sei festgestellt, daß Russial nur in einer Verclamung der Arbeitslosen im graphischen Gewerbe das Referat übernommen hatte, in welcher der kommunistische Stadtverordnete Gabel als erster Diskussionsredner den Arbeitslosen ganz richtig sagte: „Wir können Euch auch nicht helfen“, was bei den Anwesenden großes Erschauern hervorrief, aber von der „Roten Fahne“ wohlweislich verschwiegen wurde. Den Beweis dafür, daß es die BSWD-Stadtverordneten sind, die bei Erwerbslosenfragen die Sitzungen schwächen, beizubringen, wird dem Stadtverordneten Gabel sehr schwer fallen, so daß mithin, wie so oft, der wirkliche Verteufeltes in den Reihen der „Kommunisten“ zu suchen ist.

Verhandlungen in der Holzindustrie.

Am gestrigen Mittwoch fanden Verhandlungen zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und den Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie statt, wobei die Arbeitgeber schließlich das Angebot machten, die Löhne des 21. Lohnabkommens um 100 Proz. zu erhöhen. Das würde einen Durchschnittslohn von 2 030 740 M. ergeben. Dieses Angebot ist wirksam sein für die Zeit vom 9. bis 15. September. Die Verhandlungskommission lehnte das Angebot als nicht weitgehend genug ab. Die weiteren Maßnahmen werden von der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes eingeleitet.

Differenzen im Stuck- und Gipfbau.

Vom Deutschen Baugewerksbund wird uns geschrieben: Nach Rücksprache mit dem Obmann der Schlichtungskommission der Arbeitgeber ist uns von diesem mitgeteilt worden, daß er ein Rundschreiben, das sich die Lohnwoche geändert habe, nicht herausgeben hat. Der Verband der Baugeschäfte hat seinen Mitgliedern bekannt gegeben, daß sich die Lohnwoche geändert hat, und da die Spezialbaugeschäfte Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte sind, auch diesen die Bekanntgabe zugesagt. Diese haben sich die Änderung zu eigen gemacht. Die einseitige Änderung ist eine Verletzung des Tarifvertrages, die Schlichtungskommission wird sich am Freitag hiermit beschäftigen. Vorläufig bleibt die Lohnwoche bestehen wie sie der Tarifvertrag für das Stuck- und Gipfbauwerkzeug vorseht.

Das Schicksal des „Daily Herald“.

Wie wir schon berichteten, kann sich der „Daily Herald“, obwohl er eine Auflage von 350 000 Exemplaren hat, doch nicht selbst erhalten, denn es ist ein Wochenbeleg von annähernd fünf-hunderttausend (10 000 Goldmark) zu decken. Der englische Kongreß stand nun vor der Frage, ob die Gewerkschaften diese Summe aufbringen können oder wollen oder aber, daß die mächtigste Arbeiterbewegung der Welt ihr einziges Lager verlassen müsse. Die Frage wurde fast eine ganze Woche hindurch in vertraulichen Sitzungen beraten, was wohl darauf schließen läßt, daß die Schwierigkeiten, das nötige Geld zu beschaffen, recht groß sind. Dies ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die Klassen der Gewerkschaften durch die Arbeitslosigkeit so gut wie geleert sind, und daß sich infolgedessen große Gewerkschaften, vor allem die der Bergarbeiter, äußern, die auf ihnen entfallenden Beiträge aufzubringen. Es ist aber dann doch zu der Entscheidung gekommen, die sowohl das Interesse, als auch die Ehrenpflicht der britischen Arbeiterklasse forderte: der Kongreß beschloß mit drei Millionen Stimmen gegen 800 000, daß die Gewerkschaften die finanzielle Verantwortung für die Aufrechterhaltung des „Daily Herald“ übernehmen und noch im Laufe dieses Monats 12 500 Pfund zur Verfügung stellen, um das Erscheinen des „Daily Herald“, bis zum Ende des Jahres zu ermöglichen. In der zweiten Dezemberwoche soll ein neuer Kongreß zusammenzutreten, die bis zu diesem Zeitpunkt erzielten Fortschritte der Auflage zu prüfen.

Für die Angestellten im Zeitungsgewerbe ist als Voraussetzung auf das Septembergehalt für die Zeit vom 1. bis 15. September das 2/3fache Augustgehalt, zahlbar spätestens bis Sonnabend, vereinbart worden.

Angestellte der Chirurgie-Mechanik. Es ist vereinbart worden, daß am 12. September vier Zulagehälften, am 14. sechzehn und am 17. fünf und zwanzig Zulagehälften als Vorwurf zur Auszahlung kommen sollen. Die Betriebe, die Anfang September als erste Vorzahlung weniger als fünf Zulagehälften gewährt haben, müssen außerdem noch die Differenz zwischen dem gezahlten Betrag und den fünf Zulagehälften unverzüglich nachzahlen. Die Vorhülle haben in runden Summen ohne jede Abzüge zu er-

folgen. Ueber die Zahlungen nach dem 17. September und über das endgültige Septembergehalt finden noch Verhandlungen statt, über deren Ergebnis der Zentralverband der Angestellten berichten wird.

Angestellte im Einzelhandel. Der Zentralverband der Angestellten teilt mit: Für die erste Septemberwoche ist das 1/4fache eines Juliagesaltes unter Erhaltung eines 10prozent Abzuges für gesetzliche Abzüge sofort, spätestens jedoch bis zum 14. September zur Auszahlung zu bringen. — Diese Auszahlung muß von den Angestellten der Betriebe bei ihren Arbeitgebern gefordert werden. In den Fällen, wo Schwierigkeiten gemacht werden, bitten wir die Angestellten, sich an das Ortsbureau, Belle-Alliance-Straße 7/10, Fachgruppe Einzelhandel, Zimmer 1, zu wenden.

Angestellte im Buchhandel. Für die zweite Woche im September kommt eine weitere Kontozahlung in Höhe eines 1/4fachen Augustgehaltes zur Auszahlung.

Wirtschaft

Wer treibt die Zuckerpreise hoch?

Uns wird geschrieben:

Der Kleinhandel ist nicht immer schuld an den Preissteigerungen. Die wirklichen Treiber sitzen an ganz anderen Stellen; das beweist der Zuckerpreis im Kleinhandel. Bisher wurde der Zuckerpreis von der Zuckerwirtschaftsstelle jeweils auf vier Wochen festgesetzt. So auch am 7. Juli für die Juli-Periode mit 1500 000 M. für 100 Kilogramm. — Den Marktzug Ende Juli benutzte die Zuckerwirtschaftsstelle, als Vertreterin der Zuckerindustrie, um beim Ernährungsminister zu beantragen, sämtliche Juli-Lieferungsverträge einfach aufzuheben und dafür den neuen Preis von 8 Millionen Mark für 100 Kilogramm festzusetzen. Da bei dieser Erörterung von den Zuckerindustriellen auch eine passende Reichsgerichtsentscheidung vorgebracht wurde, wonach ein Käufer beim Lieferanten nicht auf Innehaltung des Lieferungsvertrages bestehen kann, wenn der Lieferant dadurch einen unverhältnismäßigen Schaden erleidet, entschied der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, daß eben unter der Verschlechterung unserer Währung die armen Zuckerbarone nicht leiden dürfen. Die Wiederverkäufer, von denen der Kaufpreis bis zum 11. August in Händen der Zuckerfabriken war, bezamen noch einen Zeit zu 1500 000 M.; für Zahlungen bis zum 16. August wurde ein Preis von 8 000 000 M. gerechnet; nach dem 16. August gab es Zucker nur noch zum Grundpreis von 24 000 000 M. für 100 Kilogramm. Auf den schon im Verkauf befindlichen Zucker mußten nun ganz erhebliche Nachzahlungen an die Fabriken geleistet werden. In Zukunft wird, auf Betreiben der Interessenten, wöchentlich der Preis festgesetzt. Für diese Woche z. B. 320 000 000 M. per 100 Kilogramm. Unter Berücksichtigung der ab 10. September in Kraft tretenden Zuckersteuer von 12 800 000 M. per 100 Kilogramm und des Großhandelsaufschlages wird es kaum möglich sein, das Pfund Zucker unter 2 100 000 M. an den Verbraucher abzugeben.

Unter diesem Gesichtswinkel werden die Niedriggewinne der Zuckerfabriken verständlich. Es wird die allerhöchste Zeit, daß dem Treiben der Zuckerindustriellen, zu denen zum allergrößten Teil die schwer notleidenden Zuckerrübenbauern als Aktionäre gehören, gründlich das Handwerk gelegt wird; es ist einfach für das Volksganze unerträglich, wenn ein kleiner Kreis schwerreicher Leute sich auf Kosten des schaffenden Volkes und seines Nachwuchses ein mehr als angenehmes Leben schaffen kann.

Goldmarkpreise für Kohle und Eisen. Angesichts der katastrophalen Marktentwertung haben die beiden wichtigsten Rohstoffindustrien, die Kohlen- und die Stahlindustrie, vertreten durch den Reichsrohstoffverband und den Großen Ausschuss des Reichsrohstoffrates bzw. den Deutschen Stahlbund den Uebergang zu Goldmarktpreisen vollzogen. Vom Deutschen Stahlbund ist ja bekannt, daß seine Papiermarktpreise wesentlich überlegt waren. Von einer Revision der Kalkulation ist aber in den neuen Richtpreisen nichts enthalten. Ebenso liegt es bei der Umstellung in der Kohlenindustrie hier liegt der Schlüssel vor, daß am Freitag jeder Woche ein Goldmarktpreis festgesetzt wird, der ab Montag gilt, und der an jedem Tag der Woche auf Grund der amtlichen Devisennotierung in Papiermark umzurechnen ist. Bisher hatte sich die Kohlenindustrie so gehalten, daß sie einen Entwertungszuschlag von 26 Proz. nahm, weil die Zechen erst einige Tage nach Lieferung in den Besitz der Zahlungen kamen. Trotz der Einführung der Goldmarktpreise hält man aber an einem 15prozentigen Entwertungszuschlag fest, dazu kommt ein 20prozentiger Handelszuschlag. Dieser gilt für ein Zahlungsziel von 7 Tagen. Er verringert sich, um sofortige Zahlung zu erzwingen, pro Tag um 2 Proz., so daß es, wenn sofortige Zahlung geleistet wird, bei dem alten Zuschlag von 6 Proz. bleibt. Die Goldpreise stellen den Schutz gegen die Entwertung dar. Deshalb ist es geradezu unverständlich, daß den Zechen dieser Zuschlag von 35 Proz. zu den Goldpreisen bewilligt wird, der nichts anderes als ein Geschenk an die Zechen darstellt. Der Reichswirtschaftsminister hat gegen diese Preisstellung Einspruch erhoben.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Felix Barmann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Gesundheit: R. S. Fischer, Wilmersdorf; Lesesale und Sonstiges: Fritz Kuschel, Wilmersdorf; Wagnerei: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Bormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Bel Einkauf Fahrvergnügen!

Im letzten Moment soweit Vorrat Preise steigen, nicht warten!

Billig! Billig! Billig!

Anzüge / Hosen Gummi - Mäntel Winter-Paletots

in reicher Auswahl weit unter heutigem Herstellungspreis.

Kauf erleichtert durch Anzahlung!

Hugo Simon

Größtes Spezialhaus für Herrenkleidung

133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmersdorfer Straße
an der Bismarckstraße

Weiterer Weg lohnend, da Fahrvergnügen!

Reste-Haus

C. Pelz

Kastanien Str. 3

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe

Mäntel, Kostüme
Möbel

2% Rabatt!

Krause-Pianos zur Miete

Ansbacher Str. 1,
14a Friedrichstraße

Korsette

Verkauf
Reparatur, Maß-
auftragung

Fr. C. Huggartz,
Kastanien, Bismarckstr. 31.

TRAURINGE

In jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn.

M. Dinse, Juwelier

Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.

Teleph. Lichtenberg 3322

Damen- und Herren-Stoffe

aller Art in großer Auswahl.

Gabardine, Kammgarne,
Tuche, Affenhaut, Flausche,
Pilsche, Kleider-Samete,
Anzug- u. Paletotstoffe.

Paul Karle

O. 34, Warschauer Straße 79.

86 Gartenstr. 86

Zahngelbisse

Gold-, Silber-Bruch, Platin
kaut zu höchstem Tageskurs

Paul Schneider, Juwelier

86 Gartenstr. 86

Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Restehandl.

Haarpuder

Goltzstr. 2

Herren- u. Damenstoffe,
Selden, Samt,
sämtliche Futterstoffe
bedeutend unter Preis!

Altmetalle

kauft von
Fabriken
Handwerkern
Händlern usw.

W. Nelke

Belle-Alliance-Str. 65

Der gute
Kapitän-
Kautabak

In den meisten
Zigarren geschäften
erhältlich.

C. Röcker,

Berl., Lichtenberger
Straße 22, Kst. 3601.

Carbid-Lampen

sind im Gebrauch billiger als Gas. Billige Lampen und Carbid liefern, solange Vorrat

Zacher & Schicht, Zimmerstraße 63

Fernspr. Dönhofs 5539.

Bettstellen

Neuer vorerwähnter, allgemein anerkannter und bewährtester, besonders für kleine, beschränkten Raum, als Metall- u. Holz-Erweiterung. Kinder- u. Krankenbetten, Polster, Decken, Federbetten, etc. wir fertigen für Sie privat zu günstigen Preisen u. liefern. Katalog 100 Text, Eisenmöbel-Fabrik Suhl (Thüringen)

Ischias

Spezial-
Behandlung
von Ischias

Spezial-
Behandlung
von Ischias

Geschlechtskrankheiten

Behandlung von Syphilis, Hautausschlägen, Blenden, Harnwegsleiden, harte Auslässe, auch von allen veralteten, wurden
Tausende durch
das neue deutsche Reichs-Patent, kurzzeitig geheilt. Viele Dankungen und Anerkennungen.

Gewissenshafte ärztl. Leitung.

Phorosan

Phorosan- u. Oelinfusionen,
Waldenburger-Str. 109, nahe Grolinger-Str.
Oranienstr. 191, nahe Klosterstraße 41.
Gottmann für Herren und Damen.
Sprechzeit täglich 10-7, Sonntag 9-12

Brillanten Zahngelbisse

Platin, Gold-, Silber- u. Juwelen

laßt

H. Schneider & Sohn

Inh.: Erwin Schneider - Goldwarenfabrik
Französische Str. 15, vorn 2. Et., an der Friedrichstr.

Adamynin-Rheuma-Nierenpastillen u. Nieren-Tee

unerreicht gegen 106/11*

Nieren- u. Blasenleiden

Rheuma, Gicht und Wassersucht

Adamynin-Tabletten

sicher wirkend gegen

Gallensteine

Gelbsucht, Leber- und vordilata Magenleiden von Ärzten als hervorragend anerkannt und empfohlen. In allen Apotheken erhältlich. Prospekt versendet kostenlos

C. Adamy, Breslau X, Krenzbürger Str. 4

Depot: Apotheke zum gekrönten Adler
Berlin N. Auguststr. 60.

Gold-, Silber-, Platin- u. Brillanten Zahngelbisse

zahl unüberbietbare Preise

R. Felske,

67 Grosse Frankfurter Straße 67.